

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2067, Antragsteller: FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der FDP, der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2067 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2068, Antragsteller: FDP. Wer stimmt dem zu? – Das sind die Fraktionen von FDP, AfD und SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex, die CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2068 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2069, Antragsteller: FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der FDP und der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2069 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2070, Antragsteller: FDP. Wer stimmt diesem zu? – Das sind die FDP und die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2070 abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 18/2071, Antragsteller: FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der FDP und der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 18/2071 abgelehnt**.

Wir kommen jetzt – zweitens – zur Abstimmung über den Einzelplan 14, Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/1914, den Einzelplan 14 unverändert anzunehmen. Das ist auch nach der Abstimmung der Änderungsanträge so geblieben. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 14. Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Das ist niemand. Damit ist der **Einzelplan 14 in zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nunmehr auf:

Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 18/1906 und die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Auch hier haben wir eine Unterteilung, und zwar in Kultur sowie Wissenschaft und Weiterbildung. Wir fangen an mit:

a) Kultur

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Bialas das Wort.

Andreas Bialas^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aufgabe der Opposition ist es nun einmal, zu kritisieren und eigene Entwürfe zu präsentieren. In den vergangenen Jahren spielte die Kultur in der Landesregierung eine herausgehobene Rolle und wurde – zum Nachteil eines Oppositionspolitikers, zum Vorteil etlicher Teile der Kultur im Land – gut unterstützt.

Das Fördervolumen wurde um 100 Millionen Euro erhöht, die Erhöhung verlief linear, absehbar, planbar und verlässlich. Gut, ich hätte das Geld gern anders verteilt, aber man konnte den Eindruck gewinnen, Kultur sei bei der alten Regierung in guten Händen. Diesen Eindruck habe ich nicht mehr.

Auch der Koalitionsvertrag und die Versprechen im Wahlkampf sowie die sich aus dem Kulturgesetz ergebenden Mittelbedarfe versprochen Kontinuität und einen Plan. Einen Aufwuchs von 150 Millionen Euro wurden vereinbart. Nun hören wir, die sollen es auch bleiben, aber eben nicht mehr kontinuierlich, die jetzige finanzielle Situation gebe es nicht her. Keine 30 Millionen Euro im Jahr sollen es sein, sondern nur 5,5 Millionen Euro in 2023, und das bei einem Gesamthaushalt jenseits der 90 Milliarden Euro.

Eines habe ich verstanden: Es hat sich nach der Wahl im Mai dieses Jahres etwas geändert. Verlässlichkeit gibt es für die Kultur in NRW scheinbar nicht mehr, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Kulturlandschaft und die Künstler*innen einen starken Rückhalt bräuchten – eben einen starken, verlässlichen Partner in NRW.

Der Haushalt wird der Krise und den anstehenden Aufgaben nicht gerecht. Bisher sind auch die ominösen drei Säulen ohne Inhalt, und Angebote haben

bisher eine sehr begrenzte Reichweite. Ich hoffe sehr, dass hier noch etwas geschieht, dass es in den Rettungspaketen auch einen beträchtlichen Beitrag für den Kulturbereich gibt.

Denn die Wahrheit ist: Trotz Mittelerhöhung sparen Sie bei der Kultur. Denn es ist noch nicht einmal der Inflationsausgleich, den Sie drauflegen.

Die SPD hat Änderungsanträge eingebracht, die eine Höhe von 24,5 Millionen Euro aufweisen, also die Summe, die zu dem linearen Aufwuchs von 30 Millionen Euro quasi fehlen.

Damit möchten wir folgende Impulse in drei Richtungen setzen:

Erstens. Wir möchten in der Krise mit zusätzlich ca. 11 Millionen Euro gegensteuern, mit einem Energiekostenhilfefonds insbesondere für Künstler*innen, mit schnellstmöglicher Umsetzung der fairen Honorare, ohne Projekte und Produktionen aufgrund Deckelung herunterfahren zu müssen, mit Begleitung der Transformation, zum Beispiel Beratung, Wissenschaftlichkeit oder Strukturstärkung.

Zweitens. Wir wollen eine starke Offensive für Kinder und Jugendliche als einen Teil der Transformation mit zusätzlich ca. 6,5 Millionen Euro. Dabei wollen wir eine deutliche Stärkung der Kinder- und Jugendtheater, eine zusätzliche Unterstützung für Comedia in Köln, ausreichend Projektangebote für Kinder und Jugendliche als Künstler*innen, gerade nach Corona. Wir wollen einen Anschub für eine gute Kinder- und Jugendkulturarbeit der Karnevalsvereine, denn die dürfen uns jetzt nicht wegbrechen, selbst wenn die Rheinländer davon etwas mehr profitieren würden.

(Heike Wermer [CDU]: Was?)

Drittens. Wir wollen gesellschaftspolitische Zielsetzungen mit ca. 3,5 Millionen Euro fördern, beispielsweise durch eine umfangreichere Förderung und Umstellung auf Strukturförderung bei der Soziokultur, die Förderung relevanter Stücke mittels Abspielhilfen und die Förderung der Diversität als sichtbare Realität in der Kultur.

Nutzen wir die Kraft und die Möglichkeiten der Kunst und des Kulturbetriebes für gesellschaftliche Prozesse. Stärken wir die Künstler*innen und die Kinder und Jugendlichen. Sie haben genug mitgemacht und genügend verpasst. Sie müssen jetzt mal dran sein.

Übrigens, ich habe mich sehr gefreut, Frau Ministerin, dass Sie bei der 75-Jahr-Feier des vbnw über die Bedeutung des Lesens und des Lesekompetenzwerbs gesprochen haben. Ich halte das ebenfalls für eine unserer wesentlichen Aufgaben. Menschen müssen die kulturellen Grundinstrumentarien erlernen können. Und wenn das nicht so einfach ist und nicht so klappt, sollten wir seitens der Kultur umfangreich unterstützen.

Lassen Sie uns 2023 nutzen, um darüber zu streiten und ein Konzept zu entwickeln, analog vielleicht als „Jedem Kind sein Buch“, und dann im Haushalt 2024 darüber befinden.

Es gibt viel zu tun – gerade für die Kultur. Aber – und das ist das Wertvolle – wenn wir etwas für die Kultur tun, dann tun wir das eigentlich nicht nur für die Kultur, sondern wir tun viel mehr. Denn wir tun es für die Menschen und unser Gemeinwesen – genau wie die Bildung. Und daher kürzt man das nicht in der Krise. Das stärkt man genau dann. Setzen wir gemeinsam diesen Kontrapunkt.

Trotz Kontroversen und Kritik ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Die Redezeit.

Andreas Bialas* (SPD): ... habe ich ein grundsätzliches Vertrauen – Herr Präsident, ich komme zum Ende –, dass wir Kulturleute gemeinsam und angemessen in den nächsten Jahren um gute Konzepte ringen werden.

Aber es muss nicht nur eine positive Haltung unter uns Kulturleuten ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Jetzt müssten Sie aber zum Ende kommen, Herr Kollege.

Andreas Bialas* (SPD): ... und an der Spitze des Hauses geben – da habe ich eigentlich keine Befürchtungen –, sondern es muss vor allen Dingen eine entsprechende Haltung an der Spitze der Regierung geben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Frau Abgeordnete Wermer.

Heike Wermer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die letzten beiden Jahre waren für die Kulturbranche nicht leicht. In der Coronapandemie, als alles geschlossen war, haben viele erst erkannt, wie sehr Kultur fehlt, wenn sie nicht da ist, wie wichtig Kultur für unsere Gesellschaft ist.

Als CDU haben wir in den letzten fünf Jahren die breit gefächerte Kulturszene in NRW zuverlässig und souverän unterstützt und gefördert.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir haben den Landeshaushalt im Bereich „Kultur“ von 200 Millionen Euro im Jahr 2017 sukzessive um 50 % auf 315 Millionen Euro im Jahr 2022 aufgestockt. Gerade während der Coronapandemie haben

wir den Kulturbetrieb nicht vernachlässigt, sondern geschützt; man denke nur an die Stipendienprogramme für Künstlerinnen und Künstler.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und Andreas Bialas [SPD])

Gleichwohl steht der Haushaltsplan für 2023 unter anderen Vorzeichen, nämlich Corona, der Krieg in der Ukraine und steigende Energiekosten. Vor allem die Energiekostensteigerung macht sich auch im Kulturbetrieb bemerkbar. Ich war erfreut, dass sich die Kulturstaatsministerin im Bund relativ schnell mit den Landeskulturministerinnen und -ministern einig war, den Kultureinrichtungen zu helfen. Nur die Bundesregierung zierte sich, um dann schließlich doch 1 Milliarde Euro für einen Kulturfonds „Energie“ neben der allgemeinen Energiepreisbremse zur Verfügung zu stellen. Leider warten wir alle noch jetzt gespannt auf die Umsetzung.

Die Fragen, wer wann und wie von der Förderung profitiert, sind noch immer ungeklärt. Klar ist aber, dass wir in NRW mit dem landeseigenen zusätzlichen Drei-Säulen-Programm niemanden zurücklassen werden. Wir unterstützen da, wo die Bundeshilfen nicht ausreichen oder ankommen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Trotz der allgemeinen unsicheren Finanzlage haben wir im vorliegenden Haushaltsentwurf einen Mittelaufwuchs von zusätzlichen 5 Millionen Euro und nehmen verschiedene Aspekte in den Blick.

Wir wollen die soziale Lage von Kulturschaffenden verbessern. Bereits jetzt ist NRW Vorreiter, was das Thema der Gagenuntergrenzen angeht.

Ein besonderes Augenmerk liegt vor allem auf der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Wir sorgen dafür, dass Kindern unabhängig von der finanziellen Ausstattung des Elternhauses die Tür zu unserer reichen Kulturlandschaft offensteht. Das Programm Je-Kits wird im kommenden Jahr mit rund 16 Millionen Euro verstetigt, und der Kulturrucksack NRW wird mit rund 4 Millionen Euro gefördert.

Wir alle kennen und schätzen unsere vielfältige Kulturbranche in NRW. Ich durfte mich in den letzten Monaten mit Vertreterinnen und Vertretern aller Kultursparten austauschen. Musik, Kunst, Theater, Film, Bibliotheken, Museen, Soziokultur und viele weiteren Sparten eint eine Eigenschaft: Sie alle brennen für ihr Thema und sind an einer intensiven Zusammenarbeit mit der Landespolitik interessiert.

Wir sind ein Anker für Stabilität und pragmatisches Handeln. Darum bin ich unserer Kulturministerin Ina Brandes dankbar, dass sie für das nächste Jahr bereits angekündigt hat, einen Schwerpunkt auf die Beratung und Vernetzung von Kulturschaffenden zu setzen. Denn die Themen „Nachhaltigkeit“, „Klimaneutralität“, „Diversität“, „Digitalisierung“ betreffen

alle Sparten und können gemeinsam am besten angepackt werden. Dazu soll im kommenden Jahr ein Konzept erarbeitet und vorgestellt werden.

Zur Vielfalt der Kultur gehört vor allem auch die freie Szene. Hier stellen wir erneut 4,3 Millionen Euro zur Verfügung. Es ist bekannt, welch großes Kulturangebot in der Metropolregion Rhein-Ruhr stattfindet. In den ländlichen Räumen haben wir von der Eifel bis ins Münsterland, vom Niederrhein über Südwestfalen bis nach Ostwestfalen-Lippe ebenso reiche Kulturschätze wie eine aktive Kulturszene. Die sogenannten Dritten Orte sind ein unbestrittenes Erfolgsprojekt, das wir in 2023 mit rund 4,3 Millionen Euro weiter fördern.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie merken also: Trotz der veränderten, schwierigen Rahmenbedingungen in diesem Jahr setzen wir mit der Etaterhöhung ein wichtiges Zeichen der Stabilität. Wir stehen weiter zu unserer Aussage im Koalitionsvertrag, den Kulturhaushalt bis zum Ende der Legislatur um 50 % zu erhöhen. Wegen der veränderten Lage kann der Aufwuchs aktuell nur nicht linear erfolgen.

Wir sind und bleiben verlässlich. Das Geld wird im Kulturhaushalt gut angelegt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zum Haushaltsentwurf.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Wermer. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Dr. Pfeil.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Wir alle wissen aus vielen geführten Gesprächen: Noch heute kämpft die Kulturszene mit den vielfältigen Auswirkungen der Coronapandemie. Hinzu kommen die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe in den betroffenen Gebieten von NRW sowie die Herausforderungen der derzeitigen Energiekrise und des Ukrainekrieges. Leider ist auch die Zunahme von multiplen Krisen absehbar. All das müssen wir in Einklang mit den Herausforderungen des Klimawandels, der Notwendigkeit einer besseren digitalen Infrastruktur und dem demografischen Wandel bringen, welche vielfältige Veränderungen in der Kulturbranche mit sich bringen werden.

Allesamt verdeutlichen einmal mehr, wie sehr die Zeit drängt, den Kulturbereich zeitgemäß und vor allem resilient aufzustellen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Umso ausgiebiger ... – Sie dürfen gerne noch klatschen, Frau Freimuth.

(Heiterkeit – Angela Freimuth [FDP]: Habe ich, Herr Kollege!)

– Danke schön. – Umso ausgiebiger müssen wir uns daher auch mit der Frage der Agilität und Resilienz auseinandersetzen, um sich möglichst proaktiv auf die sich immer schneller ändernden Rahmenbedingungen und Anforderungen vorzubereiten.

So komme ich nun zum vorliegenden Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft für das Haushaltsjahr 2023.

Auch, wenn der Haushaltsentwurf richtige und wichtige Ansatzpunkte enthält und sich in vielen Projekten eine Fortführung der letzten Legislaturperiode von CDU und FDP zeigt, so enthält er doch leider auch wesentliche Mängel. Insbesondere der Stopp des linearen Aufwuchses des Kulturetats ab 2023 ist für die vielen Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden in NRW eine herbe Enttäuschung und stellt sie vor finanzielle Schwierigkeiten.

Ja, es ist richtig, dass die Gesamtausgaben des Einzelplans 06 – Frau Kollegin Wermer hat es genannt – mit dem Haushaltsentwurf um rund 2,94 % steigen. Doch das ist viel zu wenig und wird den vielen Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen in NRW auch im Hinblick auf das derzeitige Inflationsgeschehen, die steigenden Kosten und die auf sie zukommenden Aufgaben nicht gerecht.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP] und Andreas Bialas [SPD])

Wir als FDP-Fraktion sehen insbesondere höhere finanzielle Bedarfe bei privaten Trägern. In der aktuellen Haushaltsdebatte setzen wir uns daher zum einen für die Förderung der freien Theater ein. Die Besucherzahlen der privaten Bühnen zeigen deren wichtigen Beitrag zum Kulturangebot in NRW, auch wenn sie nach Corona mit verringerten Publikumszahlen arbeiten müssen.

Im Mittelpunkt stehen vor allem nachhaltige und klimaneutrale Maßnahmen der Renovierung, der technischen Modernisierung und der nichttechnischen Ausstattung von Theatern. Diese notwendigen Investitionen können die Energieeffizienz der privaten Bühnen und die Anschaffung klimafreundlicher Technik stärken und gleichermaßen die Arbeitsbedingungen für Künstler sowie Personal verbessern. So können die privaten Häuser für die Zukunft resilienter aufgestellt werden.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Zum anderen gehört auch die Vermittlung von Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche auch mittels privater Träger dazu. Diese leisten ebenso einen wertvollen Beitrag zur kulturellen Bildung wie die öffentlichen Träger.

Der systematische Ausbau der kulturellen Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe wird

nur gelingen, wenn sowohl öffentliche als auch private Träger gleichermaßen finanzielle Förderung erhalten. Nur so können wir jedem Kind, unabhängig von seiner Herkunft, passende kulturelle Angebote auf möglichst vielen unterschiedlichen Wegen anbieten.

Lassen Sie mich darüber hinaus die Wichtigkeit der freien Szene betonen. Während der Coronapandemie haben neue Förderprogramme aus Mitteln des Kulturstärkungsfonds die Produktion der freien Szene anwachsen lassen, sodass viele neue Projekte entstehen konnten. Hier zu nennen sind insbesondere die Wiederaufnahmeförderung und die Tiny Residencies.

Zum ersten Projekt: Im Rahmen der Wiederaufnahmeförderung wurden sowohl kleinere Projekte ohne wesentliche Überarbeitung und auch größere Projekte mit neuen Aspekten gefördert. Auch dies muss fortgeführt werden.

Zum zweiten Projekt: Uns ist es auch wichtig, die freie Szene im ländlichen Raum weiter zu unterstützen. Darum setzen wir uns für die Verstetigung des Projekts Tiny Residencies ein.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Mit diesem Projekt wurden Residenzen an Spiel- und Arbeitsorten in ländlichen Regionen gefördert. Die Mittel waren schnell vergeben, ohne dass es eine Rechtsmittelfrist geben sollte.

Es muss nun eine Verstetigung der erfolgreichen Sonderprogramme aus den Coronasondermitteln erfolgen, damit die neu eröffneten Spielräume für die freie Szene bestehen bleiben. Gleichzeitig stärken wir damit ihre Innovationskraft, die wir für die kulturelle Transformation dringender denn je benötigen.

Zum Abschluss möchte ich noch einen weiteren Schwerpunkt nennen. Im Kontext zunehmender gesellschaftlicher Komplexität benötigen wir ein resilientes Kultursystem, das sich lernend an die Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels anpasst. Dafür ist ein anderes Verständnis von kultureller Führung notwendig, das sich den aktuellen Transformationsbedürfnissen stellt.

Auch im Kulturbereich sprechen wir von Long Life Learning.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Die Redezeit, Herr Kollege.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Ich komme zum Ende. – Das muss sich auswirken, indem wir Führungskräfte und Führungskräfteentwicklungen darauf einstellen. Cultural Leadership lautet das entsprechende Schlagwort.

Vieles davon findet sich nicht im vorliegenden Haushalt. Deswegen werden wir diesem so nicht zustimmen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP] und Andreas Bialas [SPD])

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Pfeil. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Jablonski.

Frank Jablonski (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen der demokratischen Parteien! Um es vorwegzunehmen: Dies ist ein guter und solider Haushaltsentwurf in unsicheren Zeiten und zudem der höchste Kulturhaushalt seit Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN – Einzelne Beifall von der CDU)

Der brutale Überfall Russlands, die daraus resultierende Energiekrise, die Inflation, die Klimakrise setzen auch und besonders den Kunst- und Kulturbetrieb unter einen enormen Druck. Dagegen gibt dieser Haushaltsentwurf Sicherheit und Stabilität und lässt niemanden in der Kunst- und Kulturszene in NRW alleine.

Es brechen keine Strukturen weg. Es kann nicht oft genug betont werden: Obwohl an vielen Ecken und Enden gespart wird, haben wir in diesem Haushaltsentwurf einen Aufwuchs zu verzeichnen.

(Beifall von Heike Wermer [CDU])

Dieser Aufwuchs ist moderat, aber hören Sie bitte auf, ihn kleinzureden.

Was wir in der Kultur in NRW brauchen sind Stabilität, Sicherheit und Vertrauen – ja, auch Vertrauen in die Zukunft. Krisen können und müssen überwunden werden. Unsere Koalition schafft dafür die Grundlagen.

Neben den erwähnten Krisen gibt es Herausforderungen, die von einer breiten und demokratischen Mehrheit der Gesellschaft auch als solche begriffen werden, wie zum Beispiel die Förderung von Diversität oder die Notwendigkeit eines nachhaltigen Umbaus der Kulturszene und der Kulturbauten.

Diesen Herausforderungen stellt sich dieser Haushaltsentwurf. Er setzt in diesen unsicheren Zeiten ein wichtiges Zeichen und gibt den Menschen im Kunst- und Kulturbereich Sicherheit.

Die Schwerpunkte dieses Haushaltsentwurfs sind Investitionen in Menschen und Institutionen. Wir nehmen Geld für kulturelle Bildung in die Hand. Mit der Fortführung von JeKits oder dem Kulturrucksack

fördern wir die kulturelle Teilhabe junger Menschen, aber natürlich auch soziale Gerechtigkeit.

Gagenuntergrenzen, Stipendienprogramme, die Förderung von Dritten Orten oder die Bemühungen zur sozialen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern gehen in die gleiche Richtung.

Dazu will ich Ihnen noch mehr konkrete Beispiele nennen.

Das Förderkonzept für die freie Szene wird 2023 fortgesetzt, und die Freien Darstellenden Künste in NRW werden deutlich profiliert und ausgebaut. Wir stärken die Produktionszentren und führen Mindestgagen und Honoraruntergrenzen ein.

Wir haben über 1,5 Millionen Euro mehr für bildende Kunst, das Kunsthaus NRW sowie die Medien- und Filmkunst eingestellt. Wir haben digitale Künste als einen Schwerpunkt definiert, und für die Einrichtung eines Projektbüros werden wir 1 Million Euro zusätzlich zur Verfügung stellen.

Wir fördern Künstlerinnen und Künstler langfristig und unterstützen die regionale Kulturförderung durch zum Beispiel die Förderung von interkommunaler Kooperation.

Dieser Haushalt berücksichtigt nicht nur die aktuellen Krisen, sondern – das ist uns besonders wichtig – geht auch strukturelle Veränderungen an.

Zum Schluss: Ja, wir hätten uns alle mehr Geld und einen höheren Aufwuchs gewünscht. Natürlich hätten einige Teilbereiche gerne mehr finanzielle Unterstützung gehabt, aber es geht nicht alles jetzt. Aber unter diesen Bedingungen ist dieser Entwurf in die Zukunft gerichtet und gibt gleichzeitig Stabilität und Sicherheit.

(Beifall von den GRÜNEN – Einzelne Beifall von der CDU)

Am Ende bleibt festzuhalten: Wir machen keine Fiskalnoten. Wir stocken den Kulturhaushalt jetzt moderat auf, bleiben aber bei unserem Ziel, den Kulturhaushalt in dieser Legislatur um 50 % aufzustocken. Die demokratischen Parteien sind gerne dazu eingeladen, diesen Prozess mit uns gemeinsam zu gestalten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Einzelne Beifall von der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Jablonski. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Dr. Beucker.

Dr. Hartmut Beucker^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die Haushaltberatungen finden vor dem Hintergrund einer Häufung schwerer Krisen statt.

Da sind die Folgen der überzogenen Coronamaßnahmen, der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die dazugehörige Flüchtlingskrise, die Migrationskrise, die sich wegen des Bürgergeldes und durch Klientelpolitik, wie bei der vermeintlichen Seenotrettung, verstärkt – dadurch wankt der Sozialstaat –, die Unterbringungskrise in völlig überforderten Kommunen mit steigender Wohnungsnot, die Energiewendekrise der Transformationsparteien, die dadurch verursachte Wirtschaftskrise mit Insolvenzen, Abwanderung und Arbeitslosigkeit, das wegen der Inflation drastisch sinkende Einkommen, und wegen all dem der Dauerstress der Bevölkerung, die mit ständigen Ankündigungen, Warnungen, Drohungen, Bestimmungen, Verboten und Verhaltensanforderungen, mit Framing und Nudging unter Druck gesetzt wird.

Bei der Begutachtung des Kulturhaushalts kann man das alles nicht außer Acht lassen. Ja, die Pflege von Kunst und Kultur steht in der Landesverfassung; nichtsdestotrotz ist es erforderlich, auch den Kulturetat anzupassen und Prioritäten zu setzen. Was sollte Vorrang haben? Wo erscheinen Reduzierungen und Erhöhungen angemessen?

Eine grundsätzliche Besserstellung von Künstlern gegenüber anderen, die sich ohne Hilfe im wirtschaftlichen Leben behaupten müssen, befürworten wir nicht, denn wir haben noch die wegen der Coronamaßnahmen um ihre Existenz gebrachten, weinend vor dem Landtag stehenden, von den Regierenden ignorierten Kosmetikerinnen vor Augen und die Flutopfer, denen gleich nach der Flut fünfstellige Rechnungen für Straßenausbaubeiträge ins Haus flatterten. Derzeit häufen sich wegen der hohen Energiekosten die Insolvenzen.

Unser Vorrang im Kulturbereich liegt bei den für jedermann zugänglichen kulturellen Angeboten. Wir unterstützen die Bibliotheken, die Archive und Sammlungen zur Bewahrung des kulturellen Erbes, die Museen und Heimatmuseen, die Dritten Orte sowie Häuser der Kultur und Begegnung im ländlichen Raum.

Wir unterstützen die Musikschulen etwa mit mehr sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen, die Chöre, das Programm JeKits – jedem Kind Instrumente, Tanzen und Singen –, die Jugend- und Kommunalorchester, die kulturelle Bildung an Schulen, und wir unterstützen Ausstellungen, die Konzertbranche, das Öffnen landeseigener Räumlichkeiten und die Beschaffung von Proberäumen für die Musikbranche.

Zur Höhe der Förderung. Wir sparen bei den staatlich-kommunalen Theatern, vereinzelt bei der Freien Szene und ebenso bei sonstigen kulturellen Projekten, denn angesichts der Krise sollte es auch mit weniger aufwendigen Inszenierungen und Bühnenbildern möglich sein, ein Publikum für die Inszenierung, für die Aufführung zu gewinnen.

Bibliotheken sind für jedermann zugänglich; daher werden sie insbesondere in den kommenden Krisenwintern als Informations- und Begegnungsorte noch bedeutender, weshalb die Förderung erhöht werden sollte.

Die Landesregierung meint ja, Maßnahmen in Museen gegen Angriffe von Last Generation und ähnlichen Gruppierungen wären unnötig; es sei ja noch nichts passiert – ah ja. Bedeutende Museen in Essen und Düsseldorf und peinlicherweise sogar die Landtagsverwaltung halten das für genauso fahrlässig wie wir und treffen eben diese Schutzmaßnahmen. Die Erhöhung oder Umschichtung von Mitteln dafür fände unsere ungeteilte Unterstützung. Man sollte nicht warten, bis wirklich etwas passiert ist.

Wir lehnen Antisemitismus jeder Art und dorthin leitende Einstellungen ab und erwarten daher, dass Beteiligte an einem antisemitischen Skandal bei der documenta fifteen nicht zu Gastprofessoren – wie etwa in Hamburg der Fall – berufen werden. Ebenso lehnen wir jede Duldung oder gar Förderung der antisemitischen BDS-Bewegung ab.

Zusammenfassend: In Zeiten allgemeiner Krisen und knapper Kassen sollten die Kunst und die Kultur in NRW gefördert werden, die möglichst viele erreichen. Entsprechende Anträge haben wir gestellt; wir empfehlen sie Ihrer Zustimmung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerin Brandes.

Ina Brandes, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der aktuellen Situation von Coronapandemie, Krieg und Energiekrise ist es entscheidend, dass wir der Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen verlässliche und stabile finanzielle Rahmenbedingungen bieten. Dies tun wir mit dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf, der trotz des schwierigen Umfelds eine weitere Steigerung des Kulturetats vorsieht.

Klar ist aber auch, dass die aktuellen Krisenlagen besondere zielgerichtete Antworten erfordern. Um die Kultureinrichtungen und die Kulturszene bei der Abfederung der Folgen der Energiekrise zu unterstützen, stehen wir bereit, den Kulturfonds des Bundes aufzustocken, sobald – endlich, muss man sagen – feststeht, wie er funktionieren soll.

Nun aber zum Haushalt 2023. Die Landesregierung bleibt ein verlässlicher Partner der Kultur. Der Kulturetat wächst im Vergleich zum Jahr 2022 um 5,57 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben im Kapitel 06 050 liegen im Haushaltsentwurf damit bei rund 323,1

Millionen Euro. Trotz der aktuell angespannten Haushaltslage handelt es sich damit um den höchsten Kulturetat seit Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen.

Gleichzeitig haben sich aufgrund der Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zahlreiche Parameter grundlegend verändert. Dies betrifft auch und insbesondere die öffentlichen Haushalte. Gleichwohl halten wir an unserem Ziel fest, den Kulturetat bis zum Ende der Legislaturperiode um 50 % zu steigern. Die Steigerung des Haushalts im Jahr 2023 ist ein erster Schritt zur Umsetzung dieses Ziels.

Wir haben in der Kulturpolitik die Verantwortung, aus der COVID-19-Pandemie Lehren zu ziehen und unsere reiche kulturelle Landschaft systematisch und kraftvoll zu unterstützen. Hier setzen wir im Jahr 2023 an und werden ein wichtiges Beratungsangebot für die Kultureinrichtungen einführen. Wir wollen Hilfestellung geben insbesondere bei Fragestellungen, die spartenübergreifend alle Einrichtungen betreffen wie zum Beispiel Nachhaltigkeit, Klimaneutralität, Provenienz, Digitalität oder Diversität.

2023 werden wir gemeinsam mit der Kulturszene ein entsprechendes Konzept ausarbeiten, um unseren Kulturschaffenden bestmöglich zu helfen und – ich glaube, das ist der wichtigere Punkt – sie in die Lage zu versetzen, sich mit Kunst und Kultur zu beschäftigen, was sie nämlich eigentlich wollen.

Unter den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben aber insbesondere auch Kinder und Jugendliche gelitten; das wissen wir alle. Deshalb werden wir sie ins Zentrum unserer Kulturpolitik stellen. Erfolgreiche Programme wie zum Beispiel JeKits, Kulturrucksack NRW oder Kultur und Schule – das ist alles schon erwähnt worden – werden verlässlich finanziert und weiterentwickelt, damit möglichst viele Kinder und Jugendliche in die großartige Situation kommen, die Erfahrung zu machen, selbst Kultur zu schaffen.

Eine wichtige Aufgabe des Landes ist es, dafür Kulturräume in ganz Nordrhein-Westfalen zu schützen und zu schaffen. Ein erfolgreiches Beispiel dafür ist das Programm Dritte Orte, das wir aktuell ausfinanzieren und zielgerichtet fortentwickelt werden.

Eine weitere wichtige Lehre aus der COVID-19-Pandemie ist die prekäre Lebenssituation vieler selbstständiger Künstlerinnen und Künstler. Auch hier werden wir mit der verpflichtenden Einführung von Mindestgagen für vom Land geförderte Institutionen, Programme und Veranstaltungen helfen. Künstlerinnen und Künstler müssen von ihrer Arbeit leben können.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Mit diesem Haushalt leistet die Landesregierung einen wesentlichen Beitrag dazu, die kulturelle Infrastruktur, die in Nordrhein-Westfalen besonders breit

und vielfältig ist, zu stabilisieren und weiter zu fördern. Gleichzeitig setzen wir mit diesem Haushalt bereits erste Akzente zur Umsetzung unserer Schwerpunktthemen.

Diese Maßnahmen tragen der Überzeugung Rechnung, dass Kultur unverzichtbarer Baustein einer lebendigen Demokratie ist. Die Kulturpolitik bleibt ein politischer Schwerpunkt dieser Landesregierung. Für die weitere erfolgreiche Erarbeitung und Fortführung dieser Themen erhoffen wir uns Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Ministerin. -Weitere Wortmeldungen zu dem Punkt a) Kultur aus dem Einzelplan 06 liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss dieser Aussprache.

Wir beginnen mit:

b) Wissenschaft und Weiterbildung

Hierzu erteile ich für die SPD-Fraktion dem Kollegen Dr. Hartmann das Wort.

Dr. Bastian Hartmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen Etatberatungen werfen Sie, liebe Regierung und liebe Koalition, ehrlicherweise mehr Fragen auf, als alle Erläuterungsbände aus dem Ministerium beantworten können.

Der Bereich „Wissenschaft und Weiterbildung“ des Einzelplans 06 ist dabei keine Ausnahme. Der Etat des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft soll von knapp 10 Milliarden Euro auf gut 10,3 Milliarden Euro anwachsen, eine Steigerung von 3 %. Das ist ein gutes Stück weniger als die Inflation von 10 %.

Schon damit ist klar: Das schwarz-grüne Wunsdenken und die wissenschaftspolitische Realität in NRW klaffen weit auseinander.

(Beifall von der SPD)

Der Koalitionsvertrag war noch voll von prestigeträchtigen Ankündigungen: zwei neue Fraunhofer-Institute, eine weitere Exzellenzuniversität. Dass solche Großprojekte mitten in der schwersten Krise seit Jahrzehnten hintenanstehen, kann man verzeihen. Aber mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf ist noch nicht einmal der Normalbetrieb der bestehenden Forschungs- und Hochschullandschaft sichergestellt – und das geht so nicht.

(Beifall von der SPD)

Was die Betroffenen davon halten, haben Kanzlerinnen und Kanzler bzw. Rektorinnen und Rektoren der

Hochschulen in einer Stellungnahme zum Haushaltsentwurf auf den Punkt gebracht. Der Bund habe geliefert – Stichworte: Soforthilfe im Dezember, Energiepreisbremse, beides auch für Wissenschaftseinrichtungen.

Ausreichende Unterstützung vom eigenen Dienstherrn, dem Land? Fehlanzeige! Oder wie erklären Sie sich sonst, dass die Landesrektorenkonferenz einen – ich zitiere – „Notfallfonds für Hochschulen“ vorschlägt, um den Betrieb auf dem Campus aufrechtzuerhalten?

Diese Warnungen sind kein Sturm im Wasserglas. Das ist keine Schwarzmalerei, das ist die bittere Realität. Die Ruhr-Uni Bochum hat zuletzt für alle zentralen Verwaltungseinheiten einen mehrmonatigen Einstellungsstopp verkündet, weil sie anders die Mehrkosten für Energie nicht stemmen kann – und das trotz der angepeilten, abgerungenen 20 % Einsparungen. Ganz ähnliche Meldungen erreichen uns gestern aus Aachen und aus Siegen.

Noch sind das vielleicht Einzelfälle. Aber wenn wir verhindern wollen, dass weitere Hochschulen folgen, wenn der Abbruch von energieintensiven Forschungsprojekten, das Stilllegen ganzer Gebäude trakte, am Ende sogar vielleicht die Rückkehr in überwunden geglaubte Distanzlehre vermieden werden sollen, dann muss die Finanzierung von Hochschul- und von Forschungseinrichtungen auf ein stabiles Fundament gestellt werden.

(Beifall von der SPD)

Die Maßnahmen, die es dafür braucht, sind bekannt: Hochschulverbände, Forschungsverbände, Weiterbildungsträger und vor allem Studierendenwerke bitten seit Monaten um Unterstützung vom Land und haben dies auch in vielen Stellungnahmen zum Haushalt bekräftigt. Schwarz-Grün bleibt tatenlos.

Um nur einige Beispiele zu nennen: Nur zwei unserer Johannes-Rau-Forschungsinstitute erhalten eine Dynamisierung der Förderung, neun anderen wird sie verwehrt. Die Studierendenwerke haben eindringlich einen finanziellen Mehrbedarf von über 25 Millionen Euro allein im Jahre 2023 dargelegt. Abgespeist werden sie mit 1,5 Millionen Euro. Der Sprecher der Studierendenwerke zeigte sich im Ausschuss – ich zitiere – „geschockt“ von den Plänen der Landesregierung.

Auch die dringend benötigte energetische Sanierung bei den Weiterbildungseinrichtungen findet nicht statt. Dabei ist völlig klar: Wenn wir jetzt kein Geld einstellen, wird nicht geplant. Dann wird frühestens 2023 damit angefangen,

(Beifall von der SPD)

2024 wird geplant, 2025 vielleicht gebaut. Das sind verlorene Jahre für unsere Träger.

(Beifall von der SPD)

Und dann ist da noch diese versprochene 1.000-Euro-Studienstarthilfe. Die hat es zwar sehr prestigeträchtig vom Wahlprogramm der Grünen in den Koalitionsvertrag geschafft, auf dem Weg in den Haushaltsplan ist sie aber offenbar abhandengekommen.

(Jochen Ott [SPD]: Oh!)

– Oh. Ich kann Sie beruhigen: Wir werden all die Dinge, die Sie bisher vergessen haben, noch in die Debatte einbringen und entsprechende Änderungsanträge einreichen. Wir helfen da gerne. Sie haben in uns konstruktive Kollegen, um die wir Sie manchmal beneiden.

In der vorliegenden Form ist dieser Plan jedenfalls planerisch unzureichend und sozial unausgewogen, denn die wichtigste Frage, wie die Wissenschaftslandschaft durch diese Krisen kommt, bleibt offen. Mit anderen Worten: Wir lehnen den Plan in dieser Form ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Hartmann. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Tigges.

Raphael Tigges (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Krieg in der Ukraine und die daraus resultierenden steigenden Energiepreise, die wachsende Inflation sowie die Folgen der Pandemie prägen die Ausgestaltung des Landeshaushalts für das kommende Jahr. Vor diesem Hintergrund sorgen wir mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf trotz aller Unwägbarkeiten für verlässliche und solide Rahmenbedingungen im Wissenschaftsbereich.

Insgesamt umfasst der Etat allein für den Wissenschaftsbereich ein Volumen von rund 9 Milliarden Euro. Das sind rund 294 Millionen Euro mehr als noch im vergangenen Haushaltsjahr. Das zeigt: Hier werden große Summen bewegt, die am Ende die Zukunfts- und auch die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes sichern.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es ist immerhin der zweitgrößte Posten des Gesamthaushalts in NRW. Dieser Ausgabenanstieg ist angesichts der eingangs genannten Herausforderungen ein starkes Signal der Verlässlichkeit und verdeutlicht, welchen Stellenwert die Bereiche „Wissenschaft“, „Forschung“ und „Lehre“ für die Koalition von CDU und Grünen haben.

Kollege Hartmann, wir haben da sicherlich eine unterschiedliche Wahrnehmung des Haushalts.

(Dr. Bastian Hartmann [SPD]: Das glaube ich!)

All die Aspekte, die Sie kritisiert haben, finden sich nämlich wieder.

Mit diesem Haushaltsentwurf gewährleisten wir den Hochschulen, den Forschungseinrichtungen, den Studierenden und den Studierendenwerken, aber auch den Weiterbildungseinrichtungen finanzielle Stabilität und Sicherheit. Und es gibt ja auch noch ein Dreisäulenmodell, über das man reden kann.

Gleichzeitig nehmen wir uns der großen Themen „Hochschulbau“, „Digitalisierung“ und „bessere Rahmenbedingungen für Studium, Forschung und Lehre“ an und finden damit den Einstieg in die Umsetzung des Zukunftsvertrags von CDU und Grünen. Unsere Studierenden, die Lehrenden und die Mitarbeiter an Hochschulen sollen optimale räumliche und technische Voraussetzungen vorfinden und ein Arbeitsumfeld haben, welches dem Anspruch exzellenter Arbeit entspricht.

Eines der drängendsten Probleme ist sicherlich der Sanierungsstau an unseren Hochschulen, der sich in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut hat, aber auch dem Alter vieler Hochschulen in Nordrhein-Westfalen geschuldet ist. Mit diesem Haushaltsplan stärken wir den Hochschulbau erheblich, indem wir 1,5 Milliarden Euro für zusätzliche Mietverpflichtungsermächtigungen bereitstellen, und verfolgen dabei konsequent den Ansatz, die Gebäude klimaneutral auszurichten und zu sanieren.

Für ein erfolgreiches Studium bedarf es aber nicht nur einer modernen und bedarfsgerechten Infrastruktur, auch die Studierenden haben wir im Blick. Deshalb sind im Haushalt 2023 rund 649 Millionen Euro für die Förderung von Studierenden vorgesehen. Ein Großteil entfällt sicherlich auf den Bereich „BAföG“, aber auch auf die Studierendenwerke.

Insbesondere die Studierendenwerke, die sich um die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Studierenden kümmern, sind unverzichtbarer Bestandteil des Hochschulalltags. Das unterstreiche ich deutlich. Wie im Koalitionsvertrag angekündigt, steigern wir die Zuschüsse um 3 % auf insgesamt 46,2 Millionen Euro und sind trotzdem weiter im guten Austausch zu der sehr volatilen Problemlage der Studierendenwerke in der aktuellen Situation.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die Universitätskliniken. Die letzten beiden Jahre haben uns allen gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitswesen ist. Unsere Universitätskliniken sind als Maximalversorger zentraler Bestandteil unserer Krankenhausversorgung im Land.

Auch an den Universitätskliniken herrscht ein jahrzehntelang aufgewachsener Investitionsstau, den wir beheben wollen. Die Landesregierung ermöglicht den Häusern die Aufnahme von Krediten im Umfang von rund 1,5 Milliarden Euro, um klimafreundliche und nachhaltige Sanierungs- und Modernisierungs-

maßnahmen vorzunehmen, und spannt einen Rettungsschirm, sodass die Kliniken nicht in die Gefahr einer Insolvenz laufen.

Wie heute Mittag bei einem anderen Tagesordnungspunkt bereits diskutiert, fehlen nicht nur im Mittelstand und im Handwerk die Fachkräfte, sondern auch im Bildungsbereich. Um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken, stehen rund 5,7 Millionen Euro für den Ausbau von Studienplatzkapazitäten im Grundschullehramt und 14,5 Millionen Euro für Plätze im Bereich der Sonderpädagogik zur Verfügung.

Auch der Weiterbildungssektor leistet mit seinen Angeboten für ein lebenslanges Lernen einen wichtigen Beitrag, um Fachkräfte für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu sichern.

Herr Kollege Hartmann, die Anhebung der Landesmittel in dem Bereich um 7,1 Millionen Euro auf insgesamt 138 Millionen Euro ist deswegen ein ganz wichtiges Signal für die Weiterbildungslandschaft, für die Träger. Auch die 1 Millionen Euro für die Einrichtung eines Innovationsfonds hilft im Übrigen den Trägern, weiter zukunftsgerichtete Investitionen zu tätigen.

Wir sorgen dafür, dass NRW ein exzellenter Standort für Wissenschaft und Forschung bleibt, indem unter anderem die Mittel für die allgemeine Forschungsförderung um 3 Millionen Euro aufgestockt werden. Der Aufbau des Quantencomputers am Standort des Forschungszentrums Jülich ist im Haushalt mit 3 Millionen Euro veranschlagt. Dazu gibt es auch noch eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von über 18 Millionen Euro. Auch das ist Thema.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Die Redezeit, Herr Kollege.

Raphael Tigges (CDU): Das große Projekt Fraunhofer, das Sie ansprachen, ist mit dabei. Auch da wird der Landesanteil zur Verfügung gestellt.

Das waren nur wenige Schlaglichter auf unseren Haushalt. Wir festigen den Standort NRW als guten Hochschulforschungsstandort.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Die Redezeit, Herr Kollege.

Raphael Tigges (CDU): Liebe Kollegen von der SPD, ich werbe dafür, dass Sie gemeinsam mit uns Verantwortung tragen und diesem Haushalt für NRW zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Fraktion der FDP hat nun Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Bereich „Wissenschaft und Weiterbildung“ des Einzelplans 06 werden viele gute Ansätze der Vergangenheit fortgeschrieben. Deswegen verwundert es nicht weiter, dass es eine ganze Reihe an Bereichen gibt, denen wir zustimmen können. Das gilt zum Beispiel für die Forschungsförderung Quantencomputing, für den weiteren Ausbau der Förderung des CAIS und diverse andere Maßnahmen der Forschungsförderung.

Im Ausschuss habe ich noch kritisiert, dass die Mittel für die Sanierung und die Behebung des Investitionsstaus im Bereich der Unikliniken nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Das kann man auch kritisch anmerken, wie ich finde. Ich habe aber noch mal darüber nachgedacht und will durchaus anerkennen, dass Sie, Frau Ministerin Brandes, anders als Ihre Vorgängerin überhaupt die Initiative ergriffen haben und offen für die Nöte an den Universitätskliniken waren. Insofern will ich ausdrücklich hervorheben, dass das ein positiver Ansatz ist.

Auf die Problematik der Energiepreise hat Kollege Hartmann schon hingewiesen. Schauen wir uns die Reaktionen auf den Kernhaushalt, den Basishaushalt, der vorgelegt wurde, an, dann stellen wir fest, dass sie mit Blick auf die Nöte der Hochschulen, der Studierenden und der Studierendenwerke infolge der stark gestiegenen Preise insbesondere für Energie nicht angemessen sind. Ob sich das im weiteren Haushaltsverfahren vielleicht noch ergibt, hat ja auch etwas mit dem zu tun, worüber wir gestern diskutiert haben. Das wird man sicherlich noch abwarten müssen.

Der Fingerzeig auf den Bund ist an dieser Stelle wohl sicher nicht mehr angemessen. Denn der Bund hat Maßnahmen zur Entlastung insbesondere der Studierenden, der Studierendenwerke, der Hochschulen und ebenfalls der energieintensiven Forschungseinrichtungen auf den Weg gebracht.

Insofern gibt es aus unserer Sicht trotz des einen oder anderen guten Ansatzes und der Fortschreibung guter Ansätze in diesem Haushalt auch Mängel. Wir haben deswegen zur heutigen Beratung bzw. zur zweiten Lesung Vorschläge eingereicht, wie wir im Bereich des Einzelplans 06 besser werden können.

Wir diskutieren immer wieder, wie groß der Lehrermangel an unseren Schulen ist. Auch gestern wurde ausgiebig darüber diskutiert. Es geht dabei nicht nur um die Stellen, sondern insbesondere, dass wir Menschen brauchen, die tatsächlich auf diesen Stellen an unseren Schulen unterrichten. Dabei gibt es in Nordrhein-Westfalen große regionale Unterschiede. Zum Beispiel zählt die Städteregion Aachen landesweit zu

den Schlusslichtern. Mein Kollege Dr. Werner Pfeil hat dort bereits verschiedene Initiativen angestupst und auf den Weg gebracht, um eine Lehrerausbildung insbesondere für das Grundschullehramt an der RWTH Aachen zu ermöglichen.

Mit dem vorliegenden Änderungsantrag schlagen wir Ihnen vor, im Haushalt 3 Millionen Euro für einen ersten Anschub für die Grundschullehramtsausbildung in Aachen auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der FDP und Jochen Ott [SPD])

Wir schlagen Ihnen ebenfalls vor, Kapazitäten für weitere 1.000 Lehramtsausbildungsplätze an unseren Hochschulen von Landesseite zu finanzieren. Auch dafür haben wir Ihnen einen entsprechenden Änderungsantrag vorgelegt.

Leider sind fünf Minuten für so einen Einzelplan, in dem es um die Innovations- und Zukunftsfähigkeit der Wissenschafts-, der Forschungs- und auch der Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen geht, viel zu kurz.

Gestatten Sie mir deshalb nur noch einen Vorschlag im Bereich der Landeszentrale für politische Bildung. Wir schlagen Ihnen vor, dort mehr Mittel für die Islamismusprävention zur Verfügung zu stellen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Vielleicht können wir das zwischen der zweiten und dritten Lesung noch zu einem guten Ende führen. Leider können wir dem Teilbereich „Wissenschaft und Weiterbildung“ des Einzelplans 06 noch nicht zustimmen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun die Kollegin Eisentraut das Wort.

Julia Eisentraut (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen der demokratischen Fraktionen! Die aktuelle Zeit ist von Krisen geprägt, die nicht nur unseren gesellschaftlichen Wohlstand gefährden, sondern tagtäglich Menschenleben kosten: Hitze, Waldbrände, Fluten, Pandemie und Krieg.

(Andreas Keith [AfD]: Und Putin! – Heiterkeit bei der AfD)

Zur Lösung dieser Probleme brauchen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt, qualifizierte Fachkräfte und hochkarätiges Expert*innenwissen.

Klimaforschende beschreiben schon lange den Zusammenhang zwischen Treibhausgasen und Erderwärmung auf der einen und der Veränderung der Lebensbedingungen auf unserem Planeten auf der anderen Seite. Immer drängender fordern sie einen nachhaltigen Wandel, um die Lebensgrundlagen für

unsere Kinder und Enkelkinder zu erhalten. Und mehr noch: Sie weisen auf konkrete Kippunkte und Gefahren hin, bieten aber auch immer neue Lösungen für diese Entwicklungen an.

Während der COVID-Pandemie hat der weitaus größte Teil der Gesellschaft gespannt auf wissenschaftliche Erkenntnisse rund um die neue Krankheit gewartet, auf Hinweise geachtet, wie man sich und andere bestmöglich geschützt, und ungeduldig auf die Impfstoffentwicklung geschaut.

In der jetzigen Energiekrise setzen wir auf den schnellen Wandel hin zu den Erneuerbaren, der nur durch das feste wissenschaftliche Fundament vieler Jahrzehnte von Forschung und Fortschritt möglich ist. Wir stützen uns auf Studien, wenn wir uns bemühen, Lasten sozial gerecht zu verteilen. Damit kommt der Wissenschaft, der Forschung und der akademischen Fachkräfteausbildung eine verantwortungsvolle Aufgabe zu.

Genau deshalb stehen wir auch in finanziell schwierigen Zeiten an der Seite der Hochschulen und der außerhochschulischen Forschungs- und Infrastruktureinrichtungen, wie der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft, sowie der Studierendenwerke, um ihnen zum einen durch die Krise zu helfen, um zum anderen durch sie und ihre Impulse nachhaltig und sozial gerecht durch die Krise zu kommen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb halten wir in unserem Haushalt an vielen Stellen das Niveau der vergangenen Jahre und schieben darüber hinaus positive Entwicklungen an. Der allgemeine Zuschuss an die Studierendenwerke wird um 3 % erhöht. Der erste Ionenbasierte Quantencomputer made in NRW wird am Standort des Forschungszentrums Jülich gebaut. NRW ist auf dem Weg, einer von nur zwei Standorten in Europa mit einem superschnellen Exascale-Computer zu werden.

Um dem Lehrkräftemangel zu begegnen, investieren wir knapp 12 Millionen Euro mehr für Studienplätze in den Lehrämtern Inklusion, Sozialpädagogik und Grundschulen. Damit Hochschulen möglichst schnell klimaneutral werden, stellen wir weitere 1,5 Milliarden bereit und ermöglichen auch den Universitätskliniken entsprechende Investitionen im Milliardenbereich.

Auch in diesen finanziell schwierigen Zeiten nehmen wir zusätzliche Investitionen für die Wissenschaft, für Studierende und für Beschäftigte vor. Denn egal, um welche Krise es sich handelt – Klimakrise, Pandemie oder Wirtschaftskrise –, um die Situation zu bewältigen, brauchen wir die Wissenschaft. Um danach auf sicheren Beinen zu stehen, brauchen wir die Wissenschaft ebenfalls.

Die Situation zu bewältigen, heißt auch, etwas zu verändern. Wir setzen auf Transformation, auf den erfolgreichen Strukturwandel hin zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas.

Damit komme ich zum Thema „Weiterbildung“. Sie bietet Orientierung und Halt in diesem Veränderungsprozess und ist ein Baustein für soziale Sicherheit inmitten diverser Umbrüche. Weiterbildungsinstitute sind starke Partnerinnen an der Seite all derjenigen, deren Jobs diesen Veränderungen unterworfen sind. Sie ermöglichen Teilhabe an neuen, auch technischen Entwicklungen. Weiterbildung bietet zweite Chancen, wenn Schule, Ausbildung oder Studium nicht gepasst haben, und das alles ohne formale Hürden.

Deshalb freut es mich besonders, dass die Erhöhung im Weiterbildungsbudget, die aus dem partizipativen Prozess mit den Weiterbildungsinstituten hervorgegangen ist, trotz knappen Budgets umgesetzt wird.

Natürlich ist der Haushalt 2023 nur ein erster Schritt, um unsere schwarz-grünen Projekte im Wissenschafts- und Weiterbildungsbereich umzusetzen. Eines kann ich Ihnen aber versprechen: Wir bleiben engagiert an Wissenschaft und Weiterbildung dran.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank an die Kollegin Eisentraut. – Für die Fraktion der AfD spricht nun Dr. Zerbin.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 06 umfasst 10,3 Milliarden Euro an Ausgaben für das Haushaltsjahr 2023. Mit insgesamt nur 42 Tagen war das Haushaltsverfahren nicht nur sportlich, sondern relativ kurz.

Der Beschluss über den Landeshaushalt ist das sogenannte Königsrecht der Parlamente. Das sollte man nicht vergessen, denn die Entscheidung über den Haushalt stellt die stärkste Kontrollmöglichkeit des Parlaments gegenüber der Regierung dar. Durch das kurze Beratungsverfahren gab es allerdings nur beschränkte Möglichkeiten, Fragen und Anträge zu stellen.

Universitäten und Forschungseinrichtungen leiden unter den hohen Energiepreisen. Das Ministerium hat dies erkannt und Maßnahmen in Aussicht gestellt, insgesamt reicht das aber nicht aus.

Auf diese Problematik haben wir als AfD hingewiesen. Wir haben im letzten Plenum einen Antrag zur Versorgungssicherheit von Forschungsinstituten eingebracht. Ein zu kalter Winter kann schon für Versorgungs- und Stromengpässe sorgen – ein Desaster für den Spitzenforschungsstandort NRW.

Gerade wird in Jülich der leistungsfähigste Quantencomputer außerhalb Nordamerikas in Betrieb genommen. Diese Art der Forschungscomputer benötigt Temperaturen nahe dem absoluten Nullpunkt – Forschungseinrichtungen benötigen teilweise Monate zum Hoch- oder Runterfahren –, man kann sie nicht einfach ein- und ausschalten. Diese Forschungsbedingungen müssen im zukünftigen Haushaltsplan bedacht werden.

Das ist allerdings nicht die einzige Schwäche der Politik der Landesregierung. Die Landesregierung ist auf dem linken Auge blind.

(Rodion Bakum [SPD]: Oh!)

Das zeigt sich auch im Hochschulbereich in der Duldung und teilweisen Finanzierung linksextremer Gruppierungen an Universitäten.

(Kirsten Stich [SPD]: Unerträglich!)

Beispielsweise existiert an der Universität zu Köln ein Arbeitskreis „Antifa“. Dessen Budget ist von 8.500 auf 10.000 Euro für das doppelte Haushaltsjahr 2022/23 angestiegen.

(Kirsten Stich [SPD]: Antifaschismus ist richtig! – Rodion Bakum [SPD]: Sind Sie kein Antifaschist?)

Der „Antifa“-Arbeitskreis Köln ist wiederum Mitglied bei „...ums Ganze!“, einem kommunistischen Bündnis, welches in den Verfassungsschutzberichten des Bundes von 2020 und 2021 erwähnt wird.

Auch der AStA der Uni Bielefeld unterhielt eine Antifa AG mit einem Haushaltsansatz in Höhe von 18.580 Euro für das Jahr 2021. Die Antifa AG ist im Besitz einer sogenannten antif... antifaschistischen Bibliothek.

(Rodion Bakum [SPD]: Ja, die Aussprache ist schwierig!)

– Toller Hinweis. Ziemlich sachlich.

(Rodion Bakum [SPD]: Kennen Sie nicht!)

Diese Arbeitsgruppen und -kreise werden zwar unmittelbar aus Studierendengebühren finanziert, nutzen jedoch Räumlichkeiten und die Infrastruktur der Universitäten. Das ist genau der Punkt.

Unser Ansatz ist es, nicht nur Rechtsextremismus zu bekämpfen. Daher wollen wir die Landeszentrale für politische Bildung mit Mitteln ausstatten, um auch präventiv gegen Linksextremismus vorzugehen.

Eine weitere Fehlleistung der Landesregierung ist das Betreiben und die Förderung von Lehrstühlen für Studiengänge in Bereichen wie „Gender Studies“, „Gender und Diversity“ oder „Geschlechterforschung“. Mit diesen Dingen kann man sich gerne beschäftigen, sie sind aber nicht Teil einer seriösen

Wissenschaft, sondern in erster Linie Ideologie und Früchte der Lobbyarbeit bestimmter Gruppen.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der SPD: Freundliche Reichsbürgerfreunde! – Kirsten Stich [SPD]: Furchtbar!)

Für die Mittel, die die Politik einsetzt, müssen unsere Bürger hart arbeiten. Das Studieren in Deutschland ist im Vergleich zu den meisten anderen westlichen Ländern in der Regel nahezu gebührenfrei. Daraus sollte sich nicht nur Dankbarkeit gegenüber den Steuerzahlern ergeben, sondern auch ein Pflichtgefühl gegenüber der Gesellschaft, mit den Mitteln sparsam und effizient umzugehen. Bei diesem Aspekt gibt es noch deutlich Luft nach oben. Deswegen lehnen wir diesen Haushalt ab.

Ich möchte noch ein paar Worte zu der vorherigen Debatte verlieren. Frau Ministerin, da haben Sie sich über zwei Redebeiträge – entweder von mir oder von Herrn Dr. Blex – echauffiert. Das fand ich unangebracht, muss ich ehrlich sagen. Das fördert nicht eine fruchtbare Debattenkultur.

(Zurufe von der CDU – Kirsten Stich [SPD]: Was unangebracht ist, das muss man sich mal hier fragen!)

Debatten und Wissenschaft leben nämlich von Rede und Gegenrede

(Unruhe bei der SPD – Zuruf: Aber mit einem gewissen Niveau!)

und von These und Antithese. Daher hätte man sich das sparen können. – Vielen Dank.

(Prof. Dr. Daniel Zerbin [AfD] steigert zum Ende seiner Rede die Lautstärke stark. – Beifall von der AfD – Dr. Günther Bergmann [CDU]: Gute Besserung! – Jochen Ott [SPD]: Unterbrechen und anhören!)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Landesregierung hat nun Ministerin Ina Brandes das Wort.

Ina Brandes, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter den aktuellen wirtschaftlichen Voraussetzungen ist es selbsterklärend, dass mit dem Haushalt 2023 nicht alle Ziele, die sich die Landesregierung gesetzt hat, gleichermaßen und vor allem nicht gleichzeitig angegangen werden können. Mit dem vorliegenden Entwurf des Einzelplans 06 gelingt jedoch ein guter Einstieg in die Umsetzung des Koalitionsvertrages.

Die Gesamtausgaben des Einzelplans 06 steigen mit dem Haushaltsentwurf 2023 auf rund 2,786 Milliarden Euro. Dies ist ein Ausgabenzuwachs in Höhe von rund 294 Millionen Euro.

Ich möchte an dieser Stelle auf einige wichtige Themen etwas näher eingehen.

Zunächst – Sie wissen, das ist einer meiner politischen Schwerpunkte –: Gute Forschung und Lehre brauchen gute Infrastruktur. Um den Sanierungsstau an unseren Hochschulen in den nächsten Jahren abzubauen und einen sichtbaren Beitrag zu dem wichtigen Ziel der klimaneutralen Hochschule zu leisten, werden wir für den Hochschulbau Mietverpflichtungsermächtigungen im Umfang von 1,5 Milliarden Euro bereitstellen.

Darüber hinaus können unsere Universitätskliniken wichtige klimafreundliche Bau- und Modernisierungsmaßnahmen mithilfe von Krediten bei der NRW.BANK in einem Rahmen von rund 1,5 Milliarden Euro umsetzen. – Liebe Frau Freimuth, ich danke Ihnen sehr für Ihre konstruktive Mitarbeit bei diesem Thema.

Auch bei aktuellen Bauvorhaben im Forschungsbereich setzt die Landesregierung auf zukunftsweisende und klimaneutrale Technologien. So wird etwa am Standort Poppelsdorf in Bonn ein gemeinsamer Neubau für die Fraunhofer-Institute SCAI und IAIS errichtet, der auch das zentrale CO₂-neutrale GreenIT-Rechenzentrum der Fraunhofer-Institute in Nordrhein-Westfalen beherbergen soll. Für den Landesanteil dieser Baumaßnahme sind insgesamt 25,5 Millionen Euro veranschlagt.

Darüber hinaus setzen wir weitere zukunftsweisende forschungspolitische Schwerpunkte. Am Standort des Forschungszentrums Jülich ist der Aufbau eines Quantencomputers made in NRW vorgesehen. So festigen wir unsere europaweit starke Position im Super- und Quantencomputing weiter.

Um Fachkräfte und Lehrernachwuchs zu gewinnen, stellen wir im Jahr 2023 für den Ausbau der Studienplätze in den Bereichen „Grundschullehramt“ und „Sonderpädagogik“ rund 11 Millionen Euro zusätzlich bereit. Dieser Betrag wird mittelfristig weiter anwachsen. Die Landesregierung leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Lehrermangels in Nordrhein-Westfalen.

Mit Ansatzmitteln in Höhe von 10 Millionen Euro sichern wir das Netzwerk „Zukunft durch Innovation.NRW“ dauerhaft finanziell ab und leisten damit einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Darüber haben wir heute ja schon ausführlich gesprochen.

Die Studierendenwerke leisten einen wichtigen Beitrag zu einem erfolgreichen Studium. Deshalb fördert die Landesregierung sie in vielfältiger Hinsicht. Trotz der aktuell schwierigen haushaltspolitischen Rahmenbedingungen halten wir Wort und steigern den Landeszuschuss, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, mit dem Haushalt 2023 um 3 %.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Auch unser Engagement für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung setzen wir mit insgesamt knapp 140 Millionen Euro verlässlich fort. Wir wissen alle, dass die Weiterbildung im Zeitalter des lebenslangen Lernens wichtig ist. Die Landesregierung ist und bleibt ein verlässlicher Partner der großen Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Gestatten Sie mir einen kurzen tagesaktuellen Einschub: Gerade unter den aktuell schwierigen haushalterischen Rahmenbedingungen ist es wichtig, dass wir unsere Einrichtungen zielgerichtet unterstützen. Deshalb freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir unseren Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerken nun kurzfristig mit 30,17 Millionen Euro zur Abfederung gestiegener Energiekosten helfen können.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei meinem Kollegen Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk bedanken, der uns diese Mittel gestern aus dem Einzelplan 20 zugewiesen hat. Es handelt sich damit zwar um eine Maßnahme im Vollzug des Haushalts 2022 und nicht um eine in 2023, in der aktuellen Lage ist sie für unsere parlamentarische Beratung aber trotzdem von hoher Relevanz. Denn sie belegt den klaren Willen und die Handlungsfähigkeit der Landesregierung, Lehre, Wissenschaft und Forschung wirksam zu unterstützen. Klar ist, dass die Einrichtungen in der Krise verlässliche und stabile finanzielle Rahmenbedingungen für ihre Arbeit brauchen, und die bekommen Sie von uns.

Mit den vorgenannten Maßnahmen und weiteren Vorhaben verbessern wir die Rahmenbedingungen und treiben die Umsetzung von notwendigen Investitionen gezielt voran. Wir werden diesen Weg mit den kommenden Haushalten entschlossen fortsetzen und weitere Verbesserungen für die Wissenschafts- und Forschungslandschaft, für die Studierendenwerke, für die Studierenden sowie für die Einrichtungen der politischen Bildung und der Weiterbildung erreichen.

Wir hoffen dafür sehr auf die Unterstützung des Parlaments. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss der Aussprache zu b) Wissenschaft und Weiterbildung.

Damit gehen wir über zu den Abstimmungen. Wir stimmen zunächst jeweils einzeln über insgesamt zehn Änderungsanträge ab.

Erstens stimmen wir über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2040** von der FDP ab. Ich frage, wer dem Änderungsantrag zustimmt. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU, der Grünen und der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Somit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir gehen über zum **Änderungsantrag Drucksache 18/2041**, ebenfalls von der FDP. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU, der Grünen und der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Somit ist der Änderungsantrag Drucksache 18/2041 **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2042**, ebenfalls von der FDP. Wer stimmt dem zu? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU, der Grünen und der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Somit ist auch der Änderungsantrag Drucksache 18/2042 **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/2043** von der FDP. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU, der Grünen und der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Somit ist auch der Änderungsantrag Drucksache 18/2043 **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/2044**, ebenfalls von der FDP. Wer stimmt dem zu? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU, der Grünen und der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Somit ist der Änderungsantrag Drucksache 18/2044 **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2045** von der FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU, der Grünen und der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Gibt es Enthaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. Somit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/2046 – Neudruck** – von der FDP. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Fraktionen der FDP und der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die

Fraktionen der CDU und der Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. Auch dieser Änderungsantrag Drucksache 18/2046 – Neudruck – ist somit **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/2047** von der FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU und der Grünen. Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltungen. Somit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/2048** von der FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU und der Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Somit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/2074** von der FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? – Das sind die Fraktionen der CDU, der Grünen, der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Gibt es Enthaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. Somit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zu einer weiteren Abstimmung, und zwar zweitens über den Einzelplan 06, Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/1906, den Einzelplan 06 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 06, und ich frage: Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen der CDU und der Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP, der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der **Einzelplan 06 in der zweiten Lesung angenommen**.

Nunmehr sind weitere Abstimmungen nachzuholen, und zwar die Abstimmung über den Einzelplan 20, über den wir bereits gestern die Aussprache durchgeführt haben, sowie die dazugehörigen Änderungsanträge der Fraktion der AfD mit den Drucksachen 18/1976 bis 18/1982 sowie der Fraktion der FDP mit der Drucksache 18/2020.

Wir kommen somit zu den Abstimmungen, zunächst über die Änderungsanträge und erstens über den **Änderungsantrag Drucksache 18/1976** von der AfD. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD, der Grünen und der FDP. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Somit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.